

Haftungsausschluss:

Um eForms-Formulare zu übertragen, ist laut Europäische Kommission das offizielle XML-Format zu nutzen. Die folgende HTML-Darstellung ist aus diesem XML-Format generiert und basiert auf den Veröffentlichungen des SDK-DE und dem eForms-Notice-Viewer von TED. Dies wurde nur stichpunktartig geprüft, es gibt keinerlei Gewähr für die Korrektheit, Vollständigkeit oder Qualität der HTML-Darstellung.

1 Beschaffer

1.1 Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: [Stadt Göppingen] ---

Art des öffentlichen Auftraggebers: *Kommunalbehörden*

Haupttätigkeiten des öffentlichen Auftraggebers: *Allgemeine öffentliche Verwaltung*

2 Verfahren

2.1 Verfahren

Titel: VgV Objektplanung Verkehrsanlagen inkl. Erstellung Betriebskonzept - Interim ZOB Göppingen

Beschreibung: Die Stadt Göppingen beabsichtigt den Neubau des Zentralen Omnibusbahnhofs Göppingen. Eine Interimslösung wird in diesem Zusammenhang für die Zeit der Bauphase des Neubaus benötigt. Für die Leistungen der Verkehrsplanung gem. § 45-48 HOAI, LPH 1-3,5-8,+9, sowie besondere Leistungen: Erstellen des Betriebskonzepts für den Interims-ZOB, örtliche Bauüberwachung, wird ein geeignetes Ingenieurbüro gesucht. Die Beauftragung soll stufenweise erfolgen. Es besteht kein Rechtsanspruch auf die weitere Beauftragung der jeweils nachfolgenden Leistungsstufe. Der Entwurf des Betriebskonzepts wird als Orientierung zur Verfügung gestellt. Ab Kapitel 4 ist dieses nicht verwendbar (Die Ein- und Ausfahrt darf nicht über die Willi-Bleicher-Straße erfolgen im westlichen Bereich), hierfür werden zusätzliche / weitere Untersuchungen erstellt, welche aktuell ausgearbeitet werden und den Bietern bis Ende März 2025 zur Verfügung gestellt werden.

Kennung des Verfahrens:

Verfahrensart: *Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb*

2.1.1 Zweck

Art des Auftrags: *Dienstleistungen*

Haupteinstufung (cpv): 71300000 *Dienstleistungen von Ingenieurbüros*

2.1.2 Erfüllungsort

Ort: Neuhausen auf den Fildern

NUTS-3-Code: *Esslingen (DE113)*

Land: *Deutschland*

2.1.4 Allgemeine Informationen

Verfahrensart

Zusätzliche Informationen: Die für die Abgabe eines Teilnahmeantrags erforderlichen Unterlagen können mit und ohne Registrierung unter dem unter 5.1.11 angegebenen Link kostenlos angesehen und heruntergeladen werden. Teilnahmeanträge sind ausschließlich elektronisch über die unter 5.1.11 angegebene Vergabeplattform in Textform i.S.v. § 53 Abs 1 VgV einzureichen. Es ist unzulässig, Teilnahmeanträge unmittelbar an die unter 8.1 angegebene Kontaktstelle zu senden. Rückfragen müssen ebenfalls über die unter 5.1.11 angegebene Vergabeplattform gestellt werden. Die - anonymisierten - Rückfragen und Antworten und etwaige Änderungen und Ergänzungen der Unterlagen für das Vergabeverfahren werden nur auf der Vergabeplattform unter dem unter 5.1.11 angegebenen Link zur Verfügung gestellt. Alle Interessenten müssen sich daher regelmäßig selbst unter dem angegebenen Link informieren, ob Rückfragen und Antworten, Änderungen oder Ergänzungen zur Verfügung eingestellt wurden, die dann bei der Erstellung der Teilnahmeanträge zu beachten sind. Für die Erstellung der Teilnahmeanträge wird keine Kostenerstattung gewährt.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

VgV

2.1.5 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

2.1.6 Ausschlussgründe:

Schwere Verfehlung: [Die nachfolgenden Eigenerklärungen sind vom Bewerber, bei Bewerbergemeinschaften von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft, anzugeben: Eigenerklärung, dass im Fall einer Beauftragung eine Berufshaftpflichtversicherung mit angemessenen Deckungssummen für Personenschäden und für Sach- und Vermögensschäden abgeschlossen wird. Die Deckung muss über die Vertragslaufzeit uneingeschränkt erhalten bleiben. Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe i.S.v. § 123 Abs. 1 bis 3 GWB vorliegen. Eigenerklärung, dass das Unternehmen seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit es der Pflicht zur Beitragszahlung unterfällt, ordnungsgemäß erfüllt hat (§ 123 Abs. 4 GWB). Angaben zu Insolvenzverfahren und Liquidation (§ 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB). Eigenerklärung, dass bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen wurde (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB). Eigenerklärung, dass im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen wurde, durch die die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB). Eigenerklärung, dass mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt wurden, die eine Verhinderung, eine Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken (§ 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB). Eigenerklärung, dass für das Unternehmen kein Ausschlussgrund i.S.v. § 21 Abs.1 des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG), § 98c des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), § 19 Abs. 1 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) oder § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (Schwarz-ArbG) vorliegt. Die öffentliche Auftraggeberin behält sich vor, zu prüfen, ob weitere fakultative Ausschlussgründe im Sinne von §§ 124 bis 126 GWB vorliegen, zu denen keine Eigenerklärung gefordert wird, und gegebenenfalls Bewerber/

Bewerbergemeinschaften, bei denen fakultative Ausschlussgründe vorliegen, auszuschließen. Eigenerklärung "Verbot Beteiligung russischer Unternehmen" nach Maßgabe des 5. EU-Sanktionspakets in Verbindung mit Artikel 5k der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014. Die Vergabestelle behält sich ferner vor, für Bewerber/Mitglieder von Bewerbergemeinschaften/ Nachunternehmer selbst beim Gewerbezentralregister einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister nach § 150 a Abs. 1 Nr.4 GewO anzufordern. Der öffentliche Auftraggeber kann den Bewerber auffordern, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise nachzureichen. Alle Nachweise und Erklärungen sind in deutscher Sprache abzufassen (bei fremdsprachigen Dokumenten in deutscher Übersetzung). Bei Bietergemeinschaften sind die Nachweise und Erklärungen von allen Mitgliedern zu erbringen. Erklärungen, Versicherungen und Nachweise, soweit diese auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen sind, führen bei Nichtvorlage zum Ausschluss. Die Vergabestelle behält sich vor, die nachträgliche Vorlage von Originalen oder beglaubigten Abschriften zu verlangen.] ---

5 Los

5.1 Los: LOT-0001

Titel: Verkehrsplanung gem. § 45-48 HOAI, LPH 1-3,5-8,+9, sowie besondere Leistungen: Erstellen des Betriebskonzepts für den Interims-ZOB, örtliche Bauüberwachung, wird ein geeignetes Ingenieurbüro gesucht. Die Beauftragung soll stufenweise erfolgen. Es besteht kein Rechtsanspruch auf die weitere Beauftragung der jeweils nachfolgenden Leistungsstufe.

Beschreibung: Die Stadt Göppingen beabsichtigt den Neubau des Zentralen Omnibusbahnhofs Göppingen. Eine Interimslösung wird in diesem Zusammenhang für die Zeit der Bauphase des Neubaus benötigt.

Für den Neubau des ZOB hat die Stadt Göppingen einen freiraumplanerischen Realisierungswettbewerb mit Neubau eines Überdachungsbauwerks für Landschaftsarchitekten, Tragwerksplaner und Architekten durchgeführt. Der Realisierungswettbewerb zielt auf eine Neugestaltung des ZOB und eine Anknüpfung an den Bahnhofsvorplatz ab. Das daran anschließende VgV-Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Im Zuge des Neubaus des ZOB wird aufgrund der Belegung der dafür vorgesehen Fläche während der Bauphase ein Interims-ZOB notwendig sein. Die Ingenieur Gesellschaft Verkehr Stuttgart IGV hat in diesem Zusammenhang eine Machbarkeitsstudie erstellt, um die Flächen am Fischbergele die unweit nordwestlich des Bestands-ZOBs liegen und derzeit als Parkierungsflächen genutzt werden, als Standort für den Interims-ZOB auszuweisen.

Das Gelände am Fischbergele mit einer Fläche von ca. 4000 m² ist aus betrieblicher Sicht grundsätzlich geeignet, um dort einen Interims-ZOB für die voraussichtlich 17 benötigten Busssteige, inkl. Berücksichtigung des angrenzenden Straßenumfeldes, einzurichten, sofern einige betriebliche Rahmenbedingungen umgesetzt werden:

- Einrichtung einer provisorischen Einstiegshaltestelle in der Bahnhofstraße vor dem Bahnhofsvorplatz
- Schaffung provisorischer Schienenanschlüsse für weitere Linien
- Berücksichtigung des möglichen Schienenersatzverkehrs
- die Bahnhofstraße muss für nach Osten ausfahrende Busse während der Bauzeit des ZOB befahrbar bleiben

In den weiteren Planungsschritten zur Umsetzung des Interims-ZOB sind zur Erstellung eines Betriebskonzepts folgende betriebliche Aspekte zu untersuchen: Prüfung und Gewährleistung der SPNV-Anschlüsse, (z. B. Einrichtung provisorische Einstieghaltestelle in Bahnhofstraße vor dem Bahnhofplatz), Prüfung und Gewährleistung der Funktionalität der Umläufe der einzelnen Linien (Fahrtverläufe und Fahrzeiten), Prüfung und Gewährleistung der Funktionalität der Bus-Bus-Anschlüsse, Umsetzung der betrieblichen Änderungen in Fahrplänen, Zuordnung der Linien zu den Halteplätzen des Interims-ZOB, Abstimmung des Betriebskonzepts mit dem Landratsamt, dem VVS und den Verkehrsunternehmen.

Die Baumaßnahmen für den Neubau ZOB sollen im Januar 2027 beginnen. Geplant ist eine voraussichtliche Inbetriebnahme im Sommer 2028. Folgerichtig sollen die Planungen für den Interim-ZOB direkt im Anschluss an das VgV-Verfahren beginnen und bis zum Baubeginn Neubau ZOB abgeschlossen sein. Das Erstellen des Betriebskonzepts ist Teil der Aufgabe. Für die Planung der Interims-Lösung werden Leistungen der Objektplanung Verkehrsanlagen, inkl. Erstellen des Betriebskonzepts für den Interims-ZOB als besondere Leistung, erforderlich sein. Parallel zu diesem Verfahren laufen die VgV-Verfahren für den Neubau des ZOB. Hier werden neben Fachplanungsleistungen für Verkehrsanlagen und der Fachplanung Technische Ausrüstung (Elektro) auch Tiefbaumaßnahmen notwendig sein. Bewerbungen für beide Verfahren werden ausdrücklich begrüßt. Die Baukosten für die Interimslösung werden auf ca. 1 Mio € brutto geschätzt. Die Verhandlungsgespräche finden voraussichtlich am 20.05.2025 statt.

Für die Planung und Ausführung des Projekts wird nun mittels VgV-Verfahren mit Teilnahmewettbewerb gesucht: Verkehrsplanung gem. § 45-48 HOAI, LPH 1-3,5-8,+9, sowie besondere Leistungen: Erstellen des Betriebskonzepts für den Interims-ZOB, örtliche Bauüberwachung, wird ein geeignetes Ingenieurbüro gesucht. Die Beauftragung soll stufenweise erfolgen. Es besteht kein Rechtsanspruch auf die weitere Beauftragung der jeweils nachfolgenden Leistungsstufe.

Interne Kennung: E66489324

5.1.1 Zweck

Art des Auftrags: *Dienstleistungen*

Haupteinstufung (cpv): 71300000 *Dienstleistungen von Ingenieurbüros*

5.1.2 Erfüllungsort

Ort: Stadt Göppingen

NUTS-3-Code: Göppingen (DE114)

Land: *Deutschland*

5.1.6 Allgemeine Informationen

Reservierte Teilnahme: *Entfällt*

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: *Erforderlich für das Angebot*

Nicht mit EU-Mitteln finanziertes Beschaffungsprojekt

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen

Besonders geeignet für KMU

Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:selbst#

5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

Art der strategischen Beschaffung: *Entfällt*

5.1.9 Eignungskriterien

Kriterium:

Art: *Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit*

Bezeichnung: insgesamt 20%, 100 mögliche Punkte Umsätze in den letzten 3 Jahren, Personalstruktur

Beschreibung: Jeder Bewerber und jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft und jeder Nachunternehmer im Falle der Eignungsleihe müssen mit dem Teilnahmeantrag folgende Eigenerklärung abgeben: Eigenerklärung über den Umsatz (netto) im Bereich der zu vergebenden Leistungen in den letzten drei Jahren. Eigenerklärung zur durchschnittlichen Anzahl der Mitarbeiter im Bereich der zu vergebenden Leistungen in den letzten drei Jahren.

Anwendung dieses Kriteriums: *Verwendet*

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 20

Kriterium:

Art: *Technische und berufliche Leistungsfähigkeit*

Bezeichnung: insgesamt 80%, 400 mögliche Punkte. Jeder Bewerber, jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft und jeder Nachunternehmer im Falle der Eignungsleihe müssen mit dem Teilnahmeantrag Eigenerklärungen zu Referenzen abgeben.

Beschreibung: Die qualitative Bewertung der technischen Leistungsfähigkeit erfolgt auf Grundlage der vorgelegten Referenzblätter und den Angaben in den Formblättern. Es können 2 Referenzen gewertet werden. Referenz A ist zwingend erforderlich, die Referenz B ist optional. In jeder Referenzkategorie kann jeweils nur 1 Projekt gewertet werden. Mehrfachnennungen sind nicht möglich. Die Referenzen müssen im Büro des Bewerbers erbracht worden sein. Die technische Leistungsfähigkeit wird insgesamt mit 80% gewertet, davon die qualitative Bewertung der Referenzprojekte: max. 200 Punkte für Referenz A (40%). max. 200 Punkte für Referenz B (40%). Insgesamt können bei Berücksichtigung aller Kriterien 500 Punkte erreicht werden. Die Nichterfüllung einer Mindestanforderung führt zum Ausschluss des Bewerbers aus dem Verfahren. Jedes Auswahlkriterium wird abhängig von den durch den Bewerber gemachten Angaben z.B. mit 0 - 5 Punkte bewertet. Die vom Bewerber bei einem Kriterium erreichte Punktzahl ergibt sich durch Multiplikation der jeweiligen Bewertungsziffer mit der Wichtung des Kriteriums. Die Gesamtpunktzahl des Bewerbers ergibt sich durch Addition aller erreichten Punktzahlen der Einzelkriterien in der Auswahlphase. Es werden die 3 Bewerber mit der höchsten Punktzahl ausgewählt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, kann die Auswahl unter den verbliebenen Bewerbern durch Los getroffen werden.

Beschreibung der Referenzen für Verkehrsplanung:

Referenz A – zwingend: Nachweis der Verkehrsplanung gem. HOAI eines realisierten und vergleichbaren Projekts (Thema Platz mit Busverkehr und Haltestellen, ZOB wird höher bewertet). (Kriterien der Vergleichbarkeit in absteigender Reihenfolge der Bewertung: ZOB oder Platz mit Busverkehr und -haltestellen, Interimslösung).

Für Referenz A gilt folgende Mindestanforderung: Nachweis der Verkehrsplanung eines realisierten vergleichbaren Projekts zum Thema Platz mit Busverkehr und Haltestellen, Baukosten netto mind. 0,5 Mio. €, Leistungszeitraum 2014 – 2024, Durchführung der wesentlichen Leistungsphasen (min. 2-3, 5-8) im Unternehmen. Darstellung auf einem Projektblatt DIN A4: Aussagekräftige grafische und textliche Erläuterungen zum Projekt und zu projektspezifischen Besonderheiten. Abbildung min. 1 Foto des Objekts zum Nachweis der Realisierung.

Referenz B - optional: Nachweis der Verkehrsplanung gem. HOAI eines realisierten und vergleichbaren Projekts, (Thema Platz mit Busverkehr und Haltestellen, ZOB wird höher bewertet). (Kriterien der Vergleichbarkeit in absteigender Reihenfolge der Bewertung: ZOB oder Platz mit Busverkehr und -haltestellen, Interimslösung). Für Referenz B gilt folgende Mindestanforderung: Nachweis der Verkehrsplanung eines realisierten vergleichbaren Projekts zum Thema Platz mit Busverkehr und Haltestellen, Baukosten netto mind. 0,5 Mio. €, Leistungszeitraum 2014 – 2024, Durchführung der wesentlichen Leistungsphasen (min. 2-3, 5-8) im Unternehmen. Darstellung auf einem Projektblatt DIN A4: Aussagekräftige grafische und textliche Erläuterungen zum Projekt und zu projektspezifischen Besonderheiten. Abbildung min. 1 Foto des Objekts zum Nachweis der Realisierung. Die Bewertung erfolgt durch ein Auswahlgremium.

Anwendung dieses Kriteriums: *Verwendet*

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Gewichtung (Prozentanteil, genau): 80

Kriterium:

Art: *Eignung zur Berufsausübung*

Bezeichnung: Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Beschreibung: Teilnahmeberechtigt sind natürliche, bzw. juristische Personen, die gemäß Rechtsvorschrift ihres Heimatstaates zum Tage der Bekanntmachung zur Führung der Berufsbezeichnung Ingenieur der Fachrichtung Verkehrsanlagen berechtigt sind. Ist in dem Herkunftsstaat

des Bewerbers die Berufsbezeichnung nicht gesetzlich geregelt, so erfüllt die fachlichen Anforderungen, wer über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung gemäß der Richtlinie 2005/36/EG – „Berufsanerkennungsrichtlinie“ – gewährleistet ist. Bei juristischen Personen sind die fachlichen Anforderungen erfüllt, wenn zu ihrem satzungsgemäßen Geschäftszweck Planungsleistungen gehören, die der anstehenden Planungsaufgabe entsprechen, und wenn der bevollmächtigte Vertreter der juristischen Person erfüllt, die an natürliche Personen gestellt werden. Arbeitsgemeinschaften natürlicher und juristischer Personen sind ebenfalls teilnahmeberechtigt, wenn jedes Mitglied der Arbeitsgemeinschaft teilnahmeberechtigt ist. Mehrfachbewerbungen natürlicher oder juristischer Personen oder von Mitgliedern von Arbeitsgemeinschaften führen zum Ausschluss der Beteiligten.

Anwendung dieses Kriteriums: *Verwendet*

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Auftraggeber behält sich den Zuschlag auf das Erstangebot vor

5.1.10 Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: *Qualität*

Bezeichnung: Projektorganisation

Fester Wert (insgesamt): 20

Kriterium:

Art: *Qualität*

Bezeichnung: Projekteinschätzung und Vorgehensweise durch den Projektleiter

Fester Wert (insgesamt): 35

Kriterium:

Art: *Qualität*

Bezeichnung: Projektmanagement

Fester Wert (insgesamt): 35

Kriterium:

Art: *Kosten*

Bezeichnung: Honorarangebot

Fester Wert (insgesamt): 10

5.1.11 Auftragsunterlagen

Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen: DEU

Internetadresse der Auftragsunterlagen:

5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: *Erforderlich*

Adresse für die Einreichung:

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: *Deutsch*

Elektronischer Katalog: *Nicht zulässig*

Nebenangebote: *Nicht zulässig*

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 21.03.2025

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Eine Nachforderung von Unterlagen nach Fristablauf ist nicht ausgeschlossen.

Zusätzliche Informationen: Eine Nachforderung von Unterlagen liegt im Ermessen des Auftraggebers und wird entsprechend VgV festgelegt.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte Beschäftigungsverhältnisse erfolgen

Elektronische Rechnungsstellung: *Erforderlich*

Aufträge werden elektronisch erteilt: Ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: Ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter. Von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft ist dem Teilnahmeantrag eine Erklärung beizulegen, dass die Mitglieder der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haften. Es muss ein allein vertretungsberechtigter bevollmächtigter Vertreter benannt werden, der durch eine unterschriebene Erklärung aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft legitimiert ist. Es wird darauf hingewiesen, dass

Bietergemeinschaften, deren Mitglieder sich mehrfach - sei es als einzelnes Unternehmen, Bietergemeinschaft oder Nachunternehmer - an diesem Vergabeverfahren beteiligten, wegen Verstoßes gegen das Wettbewerbsprinzip ausgeschlossen werden bzw. aus diesem Grund bereits bei der Aufforderung zur Angebotsabgabe unberücksichtigt bleiben können. Für jeden Bewerber/jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft und für jeden Nachunternehmer muss die Verpflichtungserklärung Mindestentgelt nach dem Landestariftreue- und Mindestlohngesetz Baden-Württemberg entweder mit dem Teilnahmeantrag oder spätestens mit dem Erstante Angebot abgegeben werden.

Informationen über die Überprüfungsfristen: Um eine Korrektur des Vergabeverfahrens zu erreichen, kann ein Nachprüfungsantrag bei der Vergabekammer Baden-Württemberg gestellt werden, solange die Vergabestelle noch keinen wirksamen Zuschlag erteilt hat. Ein wirksamer Zuschlag kann erst erteilt werden, nachdem die Vergabestelle die unterlegenen Bieter über die beabsichtigte Zuschlagserteilung mit den nach § 134 Abs. 3 GWB erforderlichen Angaben informiert hat und 15 Kalendertage bzw. bei Versendung der Informationen per Fax oder auf elektronischem Weg 10 Kalendertage vergangen sind (§§ 134, 135 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, wenn der Antragsteller die geltend gemachten Verstöße gegen Vergabevorschriften bereits vor Einreichung des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber der Vergabestelle nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat bzw. wenn der Antragsteller Vergabeverstöße, die bereits aufgrund der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gerügt hat. Ferner ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 GWB).

5.1.15 Techniken

Rahmenvereinbarung:

Entfällt

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Entfällt

5.1.16 Weitere Informationen, Mediation und Überprüfung

Überprüfungsstelle: [Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe] ---

8 Organisationen

8.1 ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadt Göppingen

Identifikationsnummer:

Postanschrift: Nördliche Ringstraße 35

Ort: Göppingen

Postleitzahl: 73033

NUTS-3-Code: *Göppingen~n* (DE114)

Land: *Deutschland*

Kontaktstelle: Stadt Göppingen, Referat Mobilität und Verkehr, Thomas Matejka, und kohler grohe architekten, Verfahrensbetreuer, Kontakt: Tillman Pospischil

E-Mail: tillman.pospischil@kohlergrohe.de

Telefon: 0711 76963949

Internet-Adresse: <http://www.goepingen.de/>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1 ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Identifikationsnummer: 08-A9866-40

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Ort: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

NUTS-3-Code: *Karlsruhe, Stadtkreis* (DE122)

Land: *Deutschland*

E-Mail: vergabekammer@rp.karlsruhe.de

Telefon: +49 721926-8730

Internet-Adresse: <http://www.rp-karlsruhe.de/>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

11 Informationen zur Bekanntmachung

11.1 Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 132694de-53d4-4358-acc1-e66f80ce6866 - 01

Formulartyp: *Wettbewerb*

Art der Bekanntmachung: *Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung*

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 2024-04-22+02:00
09:34:32.024+02:00

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: *Deutsch*